

**UPDATE
ZUR
EUROPAWAHL**

Björn Wagner berichtet vom Europawahlkampfauftakt der JUNGEN UNION

Deutsch-Französisches Treffen

Am 10. Mai machte sich die JU Schleswig-Holstein zusammen mit der JU Hamburg auf den Weg nach Berlin. Ziel der Reise war das von der JU Deutschlands veranstaltete Deutsch-Französische Treffen im Sony-Center. Als Ehrengäste hatten sich u.a. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy angekündigt.

Als wir nach der dreieinhalb Stunden Bustour plus McDonalds-Pause eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn am Potsdamer Platz eintrafen, kam die erste Enttäuschung: Die mickrige Bierbankgarnitur in der Mitte des Platzes war nur für die Sponsoren gedacht. Wir normale Mitglieder mussten uns mit den Stehplätzen zufrieden geben. Dieses dichte Gedränge erinnerte doch eher an ein Konzert als an eine Wahlkampfveranstaltung.

Langsam ging die Veranstaltung dann los. Es fing an mit Musik. Dann kamen leider sehr inhaltlose Diskussionsrunden, wobei leider keine Diskussionen zustande kamen, gefolgt plattitudenreichen Rednerunden. Doch richtig interessant waren diese Runden leider nicht. Und so warteten wir auf die Ehrengäste.

Kurz vor 18 Uhr kam dann die Sängerin Oceana auf die Bühne, die schon als deutsche Amy Winehouse gehandelt wird. Bisher war ihr Auftritt das Beste an diesem Nachmittag. Doch dann endlich kamen sie gegen 18 Uhr. Zusammen mit einigen Leuten aus ihrem Kabinett, wie z.B. Ronald Pofalla, Ilse Aigner und die französische Justizministerin Rachida Dati. Diese nahmen dann nebst einigen Ausgewählten hinter den Ehrengästen in allerbesten Obama-Manier Platz.

Erst jetzt bekamen wir gute Politik zu hören. Zunächst begann der JU Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder mit einem Grußwort. Nachdem dann sein französischer Amtskollege Benjamin Lancar, Vorsitzende der Jeunes UMP, sein Plädoyer für Europa hielt, ging Hans-Gert Pötering, Präsident des Europäischen Parlaments und CDU Spitzenkandidat für



Nicolas Sarkozy zu Gast auf dem Deutsch-Französischen Freundschaftstreffen der Jungen Union

die Europawahl, in die Bütt und dankte in seiner Rede Nicolas Sarkozy für seine Gesten in Verdun, bei denen er den französischen genauso wie den deutschen Soldaten, die in der Schlacht von Verdun im 1. Weltkrieg fielen, gedachte. Nach ihm sprach dann unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aus vielen Ecken in Publikum hörte man „Angie, Angie“-Rufe. Der Inhalt der Rede war gut, auch sie lobte die Deutsch-Französische Zusammenarbeit. Rhetorisch überragte Merkel jedoch nicht, sie wirkte irgendwie schlecht gelaunt und grimmig. Ob es an den schwierigen Gesprächen mit dem afghanischen Regierungschef Ahmed Karzai oder an ihrer Art liegt, bleibt im Verborgenden. Schlecht war die Rede aber nicht, es gab lauten Applaus. Nach ihr kam dann das absolute Highlight des Tages: Die Rede von Nicolas Sarkozy. Er referierte ebenfalls über die gute Zusammenarbeit und Freundschaft der beiden ehemaligen Erzfeinde, Europa und seine Liebe zu Deutschland. Am Ende seiner Rede gab es tosenden Applaus und Standing Ovationen. Nach

dem Schlusswort von Philipp Mißfelder war dann Schluss und es ging wieder zum Bus. Spät abends um 11 Uhr waren wir dann wieder zurück am Hamburger Hauptbahnhof.

Obwohl wir uns mehr von der Veranstaltung versprochen hatten, bereuten wir es nicht, diese Reise angetreten zu haben, denn oft wird es derartige Veranstaltungen der JU wohl nicht geben.

Zum Schluss will ich kurz noch Nicolas Sarkozy mit dem Ende seiner Rede zitieren:

„Vive l'Allemagne! Et vive la France! Et vive l'amitié franco-allemand!“ Übersetzt: „Es lebe Deutschland! Und es lebe Frankreich! Und es lebe die Deutsch-Französische Freundschaft!“

Ich denke das kann man so stehen lassen.

Malte Steenbeck zur Europawahl 2009

Deine Stimme zählt – nutze sie!

Im kommenden Herbst wird ein neuer Bundestag gewählt. Obwohl bis zum Wahltag noch über ein Vierteljahr Zeit ist, sorgen Politik und Medien durch Vorwahlkampf und eine umfangreiche Berichterstattung dafür, dass der vermeintliche Höhepunkt dieses Superwahljahres schon heute seinen Platz in der öffentlichen Diskussion findet. Angesichts dieser vergleichsweise großen Aufmerksamkeit, droht mit der Europawahl ein weiteres wichtiges Ereignis dieses politischen Jahres weiter ins Abseits gedrängt zu werden.

Zwischen dem 4. und 7. Juni sind in den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) ca. 375 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, über ihre Vertreter im Europäischen Parlament abzustimmen. In Deutschland wird die Wahl am 7. Juni stattfinden. Wählen darf jeder, der sein 18. Lebensjahr vollendet hat. Dabei werden hierzulande 99 der EU-weit insgesamt 736 Parlamentssitze vergeben. Unverständlich ist es daher, dass die Europawahl in dem bevölkerungsstärksten Land der EU bisher kaum auf öffentliches Interesse gestoßen ist. Obleich Deutschland von allen Mitgliedsstaaten die meisten Abgeordneten in das Europäische Parlament entsendet, beteiligten sich bei der letzten Wahl im Jahr 2004 lediglich 43 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung. Warum also sollte man sich nun für Europa und seine Politik interessieren? Warum sollte man also am 7. Juni zur Wahl gehen?

Gesetzgebung – Made in Europe

Auf die Frage, warum man denn eigentlich zu einer Bundes- oder Landtagswahl geht, werden viele Leute antworten, dass es bei diesen Wahlen um die zukünftige Politik geht, von der man als Bürger hierzulande – anders als bei der Europawahl – direkt betroffen sei. Dabei ist die Annahme, dass deutsche Politik in Berlin und in den 16 Landeshauptstädten „gemacht“ wird, eine weitverbreitete Fehleinschätzung. Es sind zwar die nationalen Regierungen und Parlamente, welche Gesetze formulieren und beschließen. Immer öfter geschieht dies aber auf Grundlage von EG-Richtlinien, die unter anderem auf Beschluss des Europäischen Parlaments von den Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Wie beispielsweise bei der Arbeitszeitgestaltung der Fall, nimmt die europäische Politik auf diesem Weg



Bildquelle: europäisches Parlament

schon heute maßgeblichen Einfluss auf nationale Gesetze, die den Alltag der Menschen in den einzelnen Mitgliedsstaaten nachhaltig prägen. Durch die Wahl deines Europaabgeordneten ist es dir dabei möglich, deine Stimme in diesem Verfahren geltend zu machen.

Zukunft – Made in Europe

Neben der Gesetzgebungsfunktion stellt die Genehmigung und Kontrolle des EU-Haushalts einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Europäischen Parlaments dar. Für das Jahr 2009 umfasst der gemeinschaftliche Haushaltsplan der Europäischen Union ein Budget von insgesamt 133 Mrd. Euro, welches neben der Landwirtschaft, dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Entwicklungshilfe insbesondere auch der Förderung von Forschung und Bildung zugute kommt. So wurden beispielsweise seit 1987 nahezu 2 Millionen Studenten in ganz Europa durch das europäische Austauschprogramm „Erasmus“ bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Auch mit Hilfe dieser Mittel gelang es in den vergangenen Jahrzehnten, den gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen den Ländern Europas zu stärken und somit das Fundament für eine gemeinsame Zukunft zu legen.

Demokratie – Made in Europe

Die Rolle des Europäischen Parlaments hat innerhalb der gemeinschaftlichen Politik in den letzten Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Auch im Zuge der geplanten Reformpakete wird sich der Einfluss der Parlamentarier als direkt gewählte Repräsentanten der Bürger der Europäischen Union weiter vergrößern. So soll das Mitspracherecht des Parlaments im Rahmen der gemeinschaftlichen Gesetzgebung zukünftig in nahezu allen Politikbereichen dem des Europäischen Rates angeglichen werden. Darüber hinaus soll die Kontrollfunktion der Abgeordneten dadurch gestärkt werden, dass das Parlament zukünftig den Präsidenten der EU-Kommission wählen wird.

In den letzten 60 Jahren haben die Europäische Union und ihre Vorgänger entscheidend mit dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu sichern und Wohlstand aufzubauen. Angesichts der fortschreitenden europäischen Integration ist es daher dringend notwendig, dass die gemeinschaftliche Politik sowie ihre Institutionen einen starken Rückhalt aus der Bevölkerung der Mitgliedsländer bekommen. Maßgeblich hierfür ist auch eine hohe Wahlbeteiligung bei der ~~Europawahl am 7. Juni diesen Jahres~~. In den vorherigen Absätzen wurden nur einige Gründe dafür genannt, warum es sich lohnt, zur Wahl zu gehen. Deine Stimme zählt – nutze sie!

IMPRESSUM

Redakteure:

Hubertus J. Schwarz, Johan v. Hülsen

ViSdP: Christopher Voigt
Finkenweg 54, 22926 Ahrensburg

Nicht alle Artikel spiegeln zwangsläufig die Meinung der Redakteure oder der JU Stormarn wieder. Rechtschreibfehler wurden zur allgemeinen Belustigung eingebaut. Für die Rechtschreibung in den Artikeln sind die Autoren der jeweiligen Artikel verantwortlich.

Interview mit Prof. Dr. Armin Hatje

Warum sollte man zur Europawahl gehen?

Am 7. Juni findet die Europawahl statt. Der stellv. Kreisvorsitzende der Jungen Union Stormarn Lukas Kilian (22) sprach mit Prof. Dr. Armin Hatje, über Europas Zukunft, den Lissabon-Vertrag und die Europawahl.



Prof. Dr. Armin Hatje ist Europarechtsexperte an der Uni Hamburg.

› *Was begeistert sie an der europäischen Union?*

Mich begeistert der Versuch eines Kontinents, der wie die Präambel des EGKS Vertrages es plastisch beschreibt über Jahrhunderte in blutigen Kriegen entzweit war, der großartige Leistungen aber auch schreckliches Leid letztlich gesehen hat, dass dieser Kontinent es geschafft hat friedlich über Schützengräben hinweg seine Zukunft zu ordnen, einen der stärksten Wirtschaftsräume der Welt zu schaffen, individuelle Freiheit zu sichern und Europa in der Welt zu einem handlungsfähigen Akteur zu machen.

es auch Nachteile?

Ein Problem der europäischen Union ist die Rückbindung ihrer Entscheidung an den Bürger, das ist letztlich ein Problem ihrer demokratischen Legitimation im Sinne des Einflusses der Bürger auf die europäische Union.

Die europäische Union ist eine weitere Ebene über den Mitgliedstaaten, in den Mitgliedstaaten in den auch sich schon wieder um weitere Ebenen befinden, etwa in Deutschland, Länder, Bund und dann noch die europäische Union in den sich demokratische Verantwortung, und darum geht es im Kern der Demokratie, Verantwortung von Amtsträgern gegenüber den Bürgern, verflüchtigt.

› *Warum sollte man zur Europawahl gehen?*

Weil das europäische Parlament das einzig demokratisch legitimierte Organ auf europäischer Ebene ist, das einzig direkt legitimierte Organ und insofern die Volksvertretung in Europa.

› *Wie viel Einfluss das europäische Parlament denn überhaupt?*

Das europäische Parlament hat deutlich mehr Einfluss als die meisten Menschen glauben, es ist heute in der Mehrzahl der Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt beteiligt, und kann die europäischen Gesetze stoppen, die es nicht haben möchte. Insofern hat das europäische Parlament in der Gesetzgebung einen wichtigen Einfluss.

Ein weiterer wichtiger Einfluss des Parlaments ist der auf die Wahl des Kommissionspräsidenten, den man sicherlich juristisch nicht ganz korrekt aber in der Funktion vergleichbar als den europäischen Regierungschef ansehen kann. Hier ist das Parlament beteiligt, wenn dieser europäische Kommissionspräsident und seine Kommission eingesetzt werden.

› *Die EU hat sich in der letzten Zeit nicht immer unbedingt handlungsfähig gezeigt, häufig spricht die EU mit vielen Stimmen, ein EU Außenminister wurde abgelehnt, glauben Sie, dass es in Zukunft möglich wird, dass die EU nach Außen hin, auch gegenüber Amerika mit einer Stimme spricht?*

Die Außenpolitik gehört zu den vergleichsweise jungen und natürlich auch problematischen Feldern, weil hier Souveränitätsvorbehalte der Mitgliedstaaten besonders wirksam sind, aber ein Amt, wie der hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, den man in Zukunft wahrscheinlich immer europäischen Außenminister nennen wird, kann selbstverständlich eine gewisse Bündelung von Positionen der Europäer verkörpern und kann diese Bündelung auch nach außen tragen.

Daher glaube ich, dass er eine katalytische Wirkung haben kann, wenn er diese Funktion richtig wahrnimmt, auf das Außenverhältnis zu Drittstaaten. Und dann würde die EU handlungsfähiger werden, jedenfalls würde sie wahrnehmbar sein mit ihren Positionen.

Und die europäische Union ist eine Organisation die auf der einen Seite eine große Machtfülle hat, man kann auch sagen Herrschaft ausübt, nicht mit einer negativen Konnotation sondern schlicht verbindliche Entscheidungen trifft, aber auf der anderen Seite, deren Repräsentanten gegenüber dem Bürger keine unmittelbare personale Verantwortung mehr haben.

Und zudem ist die europäische Union eine Organisation die es Mitgliedstaaten erlaubt, Entscheidungen die sie innerstaatlich nicht durchsetzen können, in Verhandlungen in teilweise eben nicht öffentlichen Gremien wie dem Ministerrat, der nicht immer öffentlich verhandelt, dann diese Entscheidungen dann tatsächlich noch zu treffen.

Jüngstes Beispiel, das Verbot bestimmter Arten von Glühbirnen. Es wurde erfolglos in Deutschland diskutiert, es war massiver Widerstand und wurde dann im so genannten Kommitologieverfahren auf europäischer Ebene ohne ausdrückliche Beteiligung des Parlaments in nicht öffentlicher Sitzung letztlich beschlossen.

Da sehe ich ein Problem, staatsrechtlich hat die europäische Union so unser Bundesverfassungsgericht in seiner letzten großen Entscheidung zum

› *Was begeistert sie nicht an der EU, gibt*

Maastrichtvertrag sicherlich die ausreichende demokratische Legitimation aber das ist im Grunde genommen eine etwas blutleere Sicht auf das Problem, in der Sache dominiert glaube ich bei vielen Menschen das Gefühl, das sie der europäischen Union mehr oder weniger einflusslos ausgeliefert sind. Dieses glaube ich kann man dadurch ändern, dass man das europäische Parlament in stärkere politische Verantwortung setzt und damit ein Organ stärkt, dass die unmittelbare Rückkopplung an das Volk hat.

› *Und im Gegenzug den Ministerrat auch....*

in seinem Rechten einschränkt.

› *Glauben Sie, dass es irgendwann mal die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, und wenn ja wann?*

Wenn ich diese Frage beantworten könnte, dann müsste ich meinen Beruf wechseln, dann könnte ich als Wahrsager wesentlich lukrativer tätig werden.

Ich weiß es nicht, ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass wir irgendwann einmal ein Gebilde haben, das wir Vereinigte Staaten von Europa nennen werden. Jedenfalls nicht in meiner Lebensspanne, wie lang die auch sein mag.

Was wir haben werden ist eine bedeutendere europäische Union und zwar allein unter dem Druck der äußeren Verhältnisse. Die Weltwirtschaft wird beherrscht durch drei oder vier große Akteure. Keiner der europäischen Mitgliedstaaten ist allein in der Lage diesen großen Akteuren irgendetwas entgegenzusetzen, das sind wir nur als europäische Union.

Die Außensicht auf Europa wird geprägt durch die organisatorische Einheit EU, aus der chinesischen Perspektive ist die EU wichtig als Wirtschaftsakteur und nicht Deutschland oder Frankreich allein, sodass schon die äußeren Verhältnisse uns dazu zwingen werden, diesen weg weiterzugehen, wenn man Wohlstand, Freiheit und auch letztlich weltpolitisches Gewicht behalten will. Eine Staatlichkeit auf europäischer Ebene, die sehe ich im Grunde immer weniger.

Dies basiert nach meinem Eindruck darauf, dass die emotionalen Grundlagen der europäischen Integration sich verändert haben. Für die Gründergeneration war das tatsächlich das Friedensziel, vor dem Hintergrund der schrecklichen Erfahrung des Krieges, mit einer tief verwurzelten Überzeugung, dass das nicht wieder passieren darf.

Unsere heutige Einstellung zu Europa ist zweckrational, das ist ein Instrument, es ist keine Herzensangelegenheit und ich glaube solche Instrumente, auch wenn der Staat selbst ein Instrument ist, braucht er doch immer irgendwo etwas was eine Herzensangelegenheit ist und das hat die europäische Union einstweilen den jüngeren Menschen, auch den heute aktiven Menschen, die nicht zu dieser Gründergeneration gehören, nicht vermitteln können.

› *Deswegen vielleicht auch eine zusätzlich zu der Frustration der EU-Bürger, dass sie sich nicht im Parlament wieder finden, eben auch eine EU Frustration und keine Bindung zur EU.*

Richtig, es gibt keine emotionale Bindung. Europa findet man positiv, wenn die Grenzen beseitigt werden. Europa findet man negativ, wenn man den Preis dafür sieht, der Preis sind eben anders geartete Überwachungsmechanismen, zu Teil eben auf europäischer Ebene geregelt oder von der europäischen Ebene, Stichwort intensiver Datenaustausch der Sicherheitsbehörden. Wenn man den dann sieht sagt man, dass wollte ich ja eigentlich nicht.

› *Eine eher politische Frage: Die EU wächst und wächst, in den letzten Jahren sind immer mehr Mitgliedstaaten dazugekommen, wann glauben Sie stößt die EU an ihre Grenze oder sollte man die aufgenommenen Mitgliedstaaten besser einbinden, bevor man weiter aufnimmt oder sollte man sich möglichst schnell ausbreiten um einen möglichst großen Raum einzunehmen?*

Die Frage ist in der Tat eine politische Frage, sie ist keine rechtswissenschaftliche. Ich kann sie rechtswissenschaftlich nicht beantworten, aber wenn ich sie auf der politischen Ebene und das

ist dann meine persönliche Überzeugung beantworte, dann würde ich in der Tat sagen, dass man jetzt über weitere Aufnahmen nicht ernsthaft weiter nachdenken sollte. Denn die Union ist heute schon wahrscheinlich über ihre Funktionsgrenzen hinausgegangen.

Die Schwierigkeiten bei der Reform der Institutionen, die ja reformiert werden um die größere EU ja überhaupt funktionsfähig zu halten, diese Schwierigkeiten zeigen, dass die Größe selbst schon wieder rum die Reform blockiert.

Wenn die Reformen blockiert werden, führt das irgendwann zu einem Leistungsabfall der europäischen Union. Also sie wird Leistungen die wir ihr auferlegen oder von ihr erwarten nicht mehr erbringen können, was ihre Legitimation schwächt und am Ende das Ganze in Frage stellt.

Ich meine, dass unterhalb der Schwelle der Vollmitgliedschaft, im Rahmen der Assoziierungsabkommen es sehr gute Möglichkeiten gibt, für Staaten die mit Europa kooperieren wollen, an bestimmten Politiken teilzunehmen, ohne aber gleich Teil des Institutionengefüges zu werden.

Das ist keine Mitgliedschaft zweiter Klasse oder etwas niederrangiges sondern das ist schlichtweg ein anderer Status der beiden Seiten glaube ich mehr bringt als wenn man jetzt blauäugig in weitere Erweiterungsrounden geht.

› *Sie haben in Ihrer Vorlesung erzählt, dass sie Österreich beim EU Beitritt begleitet haben, was macht man da konkret?*

Das war die Begleitung der Österreichischen Ministerialspitzen, also der Spitzenbeamten in den Ministerien. Die europäische Union existiert nicht selbstgenügsam in Brüssel oder Luxemburg um die Schlagworte zu nennen sondern ist eng verwoben mit den Mitgliedstaaten, wir brauchen also damit Europa funktioniert in den Mitgliedstaaten viele viele Menschen, die wissen wie sie funktioniert und die auch in der Lage sind auf dem Brüsseler Parkett zu agieren.

Meine Aufgabe war es, diese Leute zunächst einmal über die Charakteristika der europäischen Union aufzuklären, ihnen zu erklären, wie es im Grundsatz

funktioniert, wer da überhaupt was macht, wo die Grenzen der europäischen Macht liegen und wo die Einflussschancen nationaler Ministerien sind. Also kurzum sie auf dieses Mehrebenensystem in dem wir heute Politik gestalten einzustellen.

› *Wir Deutschen sind mit Europa groß geworden, aber die Österreicher haben durch den Beitritt vieles direkt und auf einmal erlebt. Was für eine Veränderung neben den offenen Grenzen und dem Euro hat das österreichische Volk gespürt, als der EU Beitritt dann vollzogen wurde?*

Erst einmal muss man sagen, dass der EU Beitritt Österreichs Gegenstand einer Volksabstimmung war, die erfolgreich ausging. Dann kann man in Österreich sehen, und das ist wohl etwas, was man in den meisten Beitrittsländern sehen kann, es ist zunächst einmal, ganz oberflächlich eine Ausweitung der Warenpalette damit verbunden, sie haben freien Warenverkehr mit Mitgliedstaaten mit denen sie sonst jedenfalls nicht in dieser Form freien Warenverkehr hatten, sie haben aber auch plötzlich andere politische Themen, denn als Staat sind sie eingebunden in die europäische Agenda und zwar nicht nur als Zaungast sondern als Akteur für den Ministerrat.

Insofern übernehmen sie auch als relativ kleiner Staat, was für Österreich ja der Fall ist, eine Verantwortung die weit über ihre Staatsgrenzen hinausreicht und die ganze EU als einen internationalen Akteur betrifft.

Die Veränderungen sind sehr deutlich, ein zweiter Punkt den man auch in Deutschland feststellen kann ist, dass sich innerhalb der Führungseliten eines Landes, sich bestimmte Gruppen bilden die besonders auf Europa bezogen arbeiten.

Ich will nicht von europäischen Eliten sprechen, aber es ist schon eine eigene Gemeinschaft die sich mit den europäischen Angelegenheiten befasst. Meist auch mit einer spezifischen Sozialisation, wie Sprachausbildung mit internationaler Erfahrung mit anderen Netzwerken in denen Sie arbeiten.

Ich denke, dass diejenigen in den Ministerien und das gilt auch für die Wirtschaft, in der Wirtschaft die Verbandsvertreter, also wenn sie so wollen die Privatgesellschaften, die öffentliche, die politische Klasse sich auch verändert, weil es eben Teile der politischen Klasse gibt, die sich mit Europa befassen, die zum Teil sich auch und das ist eine Gefahr, abkoppeln von den innerstaatlich maßgeblichen politischen Akteuren.

Das sehe ich als ein Problem auch in Deutschland der ganzen europäischen Integration, dass es da nach meinem Eindruck sehr plakativ formuliert auch eine Spaltung gibt, zwischen denen die Europa machen und denen die innerstaatliche Materien behandeln.

› *Früher hatte man den Eindruck, dass Politiker die im Bund nichts werden, oder die man los werden wollte, nach Europa geschickt werden. Inzwischen sind die Europaposten auch ziemlich*

begeehrt. Glauben sie, dass durch ein immer stärker werdendes Europa und eine stärkere Vernetzung sich dort der Wettbewerb erhöht und eben auch die Begeisterung auch auf die EU Eliten oder diese Personen zunimmt?

Also ich glaube, das zunächst mal mit dem Zuwachs der Macht der europäischen Union und Macht bedeutet in diesem Zusammenhang wiederum nichts negatives sondern schlicht die Möglichkeit Lebensverhältnisse, soziale Bedingungen zu gestalten. Das mit der Zunahme politischer Macht der europäischen Union die Ämter für Politiker an Attraktivität natürlich steigen.

Schon deshalb ist Europa dann nicht mehr nur Verschiebe- oder Abstellbahnhof für diejenigen die innerstaatlich nicht mehr regieren können, sondern dann ist Europa tatsächlich entweder Startpunkt für eine Karriere oder aber erstrebenswertes Endziel. Das differiert nach meinem Eindruck zwischen den Mitgliedstaaten sehr stark.

In Deutschland habe ich immer noch den Eindruck, dass abgesehen von der Gerichtsbarkeit, also dem EuGH, die politischen Ämter eher denjenigen angetragen werden, die innerstaatlich keine Karriere mehr vor sich haben, während umgekehrt in anderen Ländern, da denke ich namentlich an Frankreich, die europäische Ebene Teil eines Qualifikationsweges ist, der durchaus wieder zurück an die Hebel der nationalen Macht führen kann.

Also auch insofern Frankreich nach meinem Eindruck, eine geschicktere Personalpolitik mit hoffnungsvolleren Leuten betreibt, oder in der Vergangenheit wenigstens betrieben hat, als wir das getan haben. Freilich sind wir immer wieder überrascht worden von Leuten, die man in diese Kategorie bei uns eingeordnet hat, die sich dann aber doch sehr gut gemacht haben.

Also ich glaube, dass man etwa Günther Verheugen nicht vorwerfen kann, sein Amt schlecht zu führen, dass heißt überhaupt nicht, dass hier jetzt ein schlechter deutscher Kommissar tätig ist, sondern das man einfach sehen muss was ist das Auswahlkriterium, wie kommt jemand dahin. Man hat sich dann vielleicht geirrt man hätte ihn innerstaatlich noch verwenden sollen, aber

› *werde Mitglied im*

teAM
DEUTSCHLAND



› *auf www.teAM2009.de*

das Kriterium dieser Grundansatz man präferiert die nationale Karriere und die europäische ist erst in zweiter Hinsicht. Ich glaube aber dass sich das wandelt im Laufe der Zeit, weil Europa eben doch immer wichtiger wird.

› *Sie sagten vorhin, dass Europa aufgrund seiner Größe jetzt auch schon Probleme bekommt, man sieht dies ja unter anderem im Lissabon Vertrag, die Iren haben Nein gesagt, das tschechische Parlament stimmte dafür, aber der tschechische Präsident Klaus macht seine Unterschrift abhängig von den Iren und der auch noch ausstehenden Entscheidung unseres Bundesverfassungsgerichtes. Wie stehen die Chancen des Lissabonvertrags?*

Die Chancen sehe ich bei 50 zu 50. Wollen wir erstmal die Kandidaten nennen an denen es aus meiner Sicht nicht scheitert Es wird nicht am Bundesverfassungsgericht scheitern.

Das Bundesverfassungsgericht wird in seinem Urteil sicherlich gewissen Grundlinien zeichnen die weitere Vertragsreformen begrenzen, aus der deutschen verfassungsrechtlichen Sicht, ich wäre auch nicht überrascht, wenn es insbesondere das Thema Demokratie ist, dass hier Grenzen zieht.

Die tschechische Republik hat alle innerstaatlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Präsident ratifizieren kann. Ich bin kein Kenner des tschechischen Verfassungsrechts, aber ich nehme mal an, dass die Funktion des Präsidenten die ist, dass er dann auch letztlich ratifizieren muss, sodass er nur über den Zeitpunkt disponiert, aber nicht über das Ob.

Irland, da tue ich mich nun außerordentlich schwer Prognosen abzugeben, auch die Signale von irischen Freunden, Kollegen sind eher diffus.

Das halte ich also für immer noch nicht ausgemacht, dass die irische Bevölkerung zustimmt, möglicherweise sind die geänderten Verhältnisse unter der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Grund für Irland sich enger in Europa einzubinden, weil dahinter die Erfahrung steckt, dass die erstmalige Einbindung nämlich die Mitgliedschaft Irlands letztlich für dessen Wirtschaftsaufschwung gesorgt hat.

Aber das ist rein spekulativ, also 50 zu 50 die Chance, dabei bleibe ich auch nach allem was man heute weiß.

› *Braucht die EU denn den Lissabon-Vertrag?*

Das kommt darauf an, was sie unter brauchen verstehen. Wenn sie unter brauchen verstehen, dass sie ohne den Vertrag von Lissabon nicht weiter existieren kann, dann lautet die Antwort: Nein, dafür braucht sie ihn nicht.

Der Vertrag von Nizza, der ja derzeitig, das Vertragswerk ist mit dem wir arbeiten, ist nach meiner Auffassung besser als sein Ruf, enthält viele Entscheidungs- beziehungsweise Weichenstellungen, Entscheidungsmöglichkeiten die die Erweiterung jedenfalls erlauben, institutionell zu verarbeiten. Nur ein Beispiel, der Vertrag von Nizza sieht schon vor, dass die europäische Kommission verkleinert wird, also man kann es schon auf der Basis des jetzigen Vertrages machen.

Was der Vertrag von Nizza aber nicht regelt sind Inkonsequenzen und Unübersichtlichkeiten in den Zuständigkeitsvorschriften, was der Vertrag von Nizza noch enthält ist die mittlerweile als von allen zweckfremde und zweckwidrig erkannte Aufgliederung von politischen Materien in Säulen, also einmal europäische Gemeinschaft, dann Außen- und Sicherheitspolitik, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, das ist eine Trennung die heute zu merkwürdigen Ergebnissen führt, in der politischen Praxis in der institutionellen Praxis also schon von der Handhabung der Vertragsgrundlagen wäre Nizza nicht optimal, aber wie gesagt, die EU würde weiter funktionieren, da muss man sich auch nicht ins Boxhorn jagen lassen.

Wir brauchen Lissabon um erstens das politische Signal zu haben, dass die europäische Union noch zu einer Gemeinschaftsleistung fähig ist.

Zweitens um die europäische Union als eine einheitliche Völkerrechtliche Handlungseinheit zu etablieren, die sie heute noch nicht ist.

Und drittens um eine ganze Reihe von Reformen umzusetzen, also Veränderungen vorzunehmen die aber in der

Summe einer erweiterten Union mehr Handlungsmöglichkeiten bieten, aber auch dem Bürger mehr Schutz vor etwaige Handlungsüberschüssen des europäischen Gebildes bieten.

› *Was würden sie sich vom europäischen Parlament wünschen?*

Der Wunsch an das europäische Parlament wäre der, dass das europäische Parlament weiter so wie bisher seine Funktion als Volksvertretung oder Völkervertretung erst nimmt, dass es politischen Einfluss reklamiert wo es ihn hat aber auch zum Beispiel in dem sehr wichtigen Verfahren der Ausführungsrechtssetzung dem so genannten Kommitologieverfahren, dem wir ja die Glühbirnenverbote verdanken, dass es auch dort weiter darauf drängt beteiligt zu werden.

Jedenfalls in der Form, dass das Parlament Veto Rechte hat und insofern für den Bürger spürbar und sichtbar macht, wofür wir ein Parlament wählen sollen, das Organ wird nicht nur durch ein Verfahren der Wahl legitimiert sondern auch durch die Ergebnisse die es produziert. In der Politikwissenschaft nennt man das Outputlegitimation.

Und an der Stelle könnte das europäische Parlament glaube ich noch besser agieren, und sei es auch nur, dass man es besser versteht, die eigenen Leistungen nach außen zu präsentieren.

Patrick Ziebke zur Europawahl

Warum CDU wählen?

Patrick Ziebke kämpft sich durch das Wahlprogramm der CDU für die Europawahl und legt dar, wieso man sich im Wahlkampf engagieren soll und warum die CDU auch für Europa eine hervorragende Wahl ist.

Wenn am 07. Juni die Bürger aufgerufen sind, die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für die kommenden 5 Jahre zu bestimmen, dann sollte sich auch für jeden mündigen Bürger die Frage stellen: Welche Partei soll ich wählen? Denn immerhin stellen sich 32 Parteien oder politische Gruppierungen zur Wahl, die allesamt mehr oder weniger ausgereifte Pläne für die Zeit nach dem Einzug in das Parlament haben (sollten).



Patrick Ziebke studiert Jura an der Universität Hamburg und vertritt die JUNGE UNION Stormarn als stellvertretender Landesvorsitzender im Landesvorstand der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein. Außerdem ist er Stadtverordneter in Reinbek.

Dennoch haben die Wahlen zum Europäischen Parlament auch in Deutschland damit zu kämpfen, dass dessen Arbeit kaum wahrgenommen wird und wenn doch, dann häufig nur in Verbindung mit der zulässigen Krümmung von Bananen. Dies wird der Bedeutung des Europäischen Parlaments allerdings nicht gerecht, hat es doch über die letzten Jahre immer mehr Kompetenzen bekommen und sollte nicht in seiner Wirkung auf unser Leben unterschätzt werden.

Umso mehr ein Grund dafür, eine Bestandsaufnahme zu machen und sich ausgiebig damit zu beschäftigen, was die CDU für Vorstellungen im europäischen Bereich hat.

Wie ist die CDU im Europaparlament eingebunden?

Die Abgeordneten der CDU und der CSU bilden im Europäischen Parlament eine Gruppe von derzeit 49 Parlamentariern und stellen damit knapp die Hälfte der 99 Deutschen, die im Europäischen Parlament sitzen. Als Gruppe gehören diese

49 Abgeordneten zur Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten, kurz EVP-ED-Fraktion.

Seit 1999 ist die EVP-ED-Fraktion die größte politische Fraktion im derzeit 785 Abgeordnete umfassenden Europäischen Parlament.

288 Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP's) gehören der EVP-ED-Fraktion an und stellen somit 37 % der Gesamtheit des Parlaments. Die Fraktion vereint Christdemokraten, Konservative und andere politische Kräfte der

gekürt.

Auch bei der kommenden Wahl ist Reimer Böge die Nr. 1 der schleswig-holsteinischen Landesliste und verspricht damit einen hervorragenden Vertreter für die kommende Legislaturperiode.

Was will die CDU?

Das Wahlprogramm der CDU „Starkes Europa – Sichere Zukunft“ gliedert sich in fünf Bereiche:

1. Für ein Europa mit Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen

Die CDU bekennt sich klar zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft als untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Die Bedeutung des Welthandels und des Europäischen Binnenmarktes für Deutschland als exportorientierte und größte Volkswirtschaft Europas wird klar erkannt.

Auch die Wichtigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Handwerkern und Freien Berufen wird hervorgehoben, die besondere Notwendigkeit des Bürokratieabbaus wird unterstrichen. Hier soll ein Normenkontrollrat 25% der Verwaltungslasten abbauen. Forschung und Innovation werden ebenso wie eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft als wichtige Punkte im CDU Wahlprogramm akzentuiert.

Die Forderung nach Verbesserung von Handelswegen und Verkehrsinfrastruktur mit besonderer Berücksichtigung von Deutschland als Transitland in Europa schließen dieses Kapitel ab.

2. Für eine starke Stimme Europas in der Welt

Als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft ist die EU erfolgreich. Nach der Erweiterung auf nunmehr 27 Staaten

ein Global Player, soll Europa ein starker Akteur bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung sein. Hierbei sind der Freie Handel und internationale Wettbewerb unabdingbar. Auch auf globaler Ebene soll die EU als Förderer nach weltweiter Durchsetzung von Menschenrechten sowie unabdingbarer sozialer und ökologischer Mindeststandards agieren.

Die CDU fordert Reformen der internationalen Finanzmärkte, die eine Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht, die Verbesserung der Regulierung, eine Stärkung der Integrität der Finanzmärkte, die Stärkung der Internationalen Zusammenarbeit sowie eine Reform der Internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen umfassen.

Das bestehende Emmissionshandelssystem soll geöffnet werden und zu einem globalen System weiterentwickelt werden.

Auf absehbare Zeit ist die EU auf die Nutzung von fossilen Energieträgern und Kernkraft angewiesen. Hier fordert die CDU eine Verbesserung der Versorgungssicherheit

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist ein weiteres wichtiges Thema der CDU, hier wird klar die Partnerschaft mit den USA und Kanada bejaht, aber auch Russland soll auf den Werten des Europarates und der OSZE eingebunden werden. Die Forderung nach eigenem europäischen militärischen Handeln in Verbindung mit dem Fernziel gemeinsamer europäischer Streitkräfte schließt diesen Abschnitt ab.

3. Für ein Europa mit soliden Finanzen

Die CDU erkennt einen stabilen Euro als wichtigen Baustein zu einem stabilen Europa. Zu dieser Stabilität gehört auch eine konsequente Haushaltspolitik in Verbindung mit einer Einhaltung der Stabilitätskriterien. Die Finanzierung der EU muss in Hinblick auf die Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten überarbeitet werden. Hierzu soll auch eine wirksamere Bekämpfung des Missbrauchs von EU-Mitteln und der Korruption kommen.

4. Für ein freies und sicheres Europa

Die CDU tritt für eine offene Gesellschaft sowie eine freiheitliche Grundordnung in Europa auf der Grundlage unseres Menschenbildes ein. In diesem Licht sollen auch die Herausforderungen durch Terrorismus, Kriminalität und Extremismus gemeistert werden. Weiterhin wird eine Bekämpfung sowie eine Prävention der Illegalen und unkontrollierten Migration nach Europa als wichtig erachtet.

Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit soll Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gestärkt werden.

Durch eine bessere Regelung der Zuwanderung sollen die Chancen für bessere wirtschaftliche, gesellschaftliche und demografische Entwicklungen genutzt werden.

Bei der Gestaltung des europäischen Rechtsraumes soll ein zivilrechtlicher Referenzrahmen die Grenzen der Rechtsgestaltung setzen, weitere Aushöhlungen der Vertragsfreiheit durch europäische „Antidiskriminierungspolitik“ werden abgelehnt. Auch werden Entwicklungen hin zu mehr anglo-amerikanischen Einflüssen im Rechtssystem abgelehnt

Abschließend wird verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung gefordert.

5. Für ein gefestigtes Europa

Im Rahmen der Gestaltung der politischen Union werden mit dem Christentum, dem Judentum, der Antike und der Aufklärung die Grundwerte der EU erkannt. Die Umsetzung des Lissabon-Vertrages wird als Stärkung der Demokratie innerhalb der EU und des Europäischen Parlaments im Besonderen als notwendig erachtet.

Aus Sicht der CDU soll sich Deutschland weiterhin als Mittler zwischen kleineren und größeren Mitgliedsstaaten engagieren.

In den kommenden Jahren soll eine Konsolidierungsphase die EU stärken und von weiteren Beitritten abgesehen werden. Die Türkei soll weiterhin eine privilegierte Partnerschaft erhalten.

Im Nahen Osten strebt die CDU eine Zwei-Staaten-Lösung an.

Als grundlegendes Prinzip soll sich die EU subsidiär weiterentwickeln, d.h. dort agieren, wo sie es besser kann als Nationalstaaten. Europa soll auch weiterhin ein Europa der Regionen bleiben. Hierbei bekennt sich die CDU klar zu den Kompetenzen der Kommunen, auch im europäischen Kontext.

Was ist mit den anderen Parteien?

Natürlich muss man auch mal einen Blick über den eigenen Tellerrand werfen, um zu erkennen, wo die anderen Parteien stehen, wenn es um Europa geht. Dies ist gutes demokratisches Prinzip und wird sicher bei der eigenen Entscheidung helfen.

Die SPD hat sich nach Jahrzehnten der Europaskepsis zwar mittlerweile in Europa eingefunden, doch macht sie ihrem Europamanifest deutlich, dass sie. Ähnlich wie auf Bundesebene die Wirtschaftskrise vollkommen falsch gedeutet hat und eine überbordende Flut von Regelungen fordert, von den auf die Gemeinschaft zukommenden Kosten ganz zu schweigen. Auch personell tut sich neben Martin Schulz relativ wenig auf, gerade wenn man bedenkt, dass der bisherige Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik, Günther Verheugen, zeitnah in Pension geht.

Die FDP hat außer Silvana Koch-Mehrin eigentlich keine exponierten Europapolitiker, zumindest fällt einem auch nach längerem Nachdenken niemand ein. Nun mag man meinen, dies reiche in der Partei aus, die in der Vergangenheit immer mit den versiertesten Außenpolitikern in der Geschichte der Bundesrepublik auftrat, aber so ganz vermag dies nicht zu überzeugen.

Die Grünen wechseln ihr Personal zu gerne mal aus, als dass man ihnen vertrauen kann, Europa ernst zu nehmen. Nachdem Cem Özdemir wegen der Flugmeilen-Affäre sein Bundestagsmandat niederlegen musste, wurde er kurzerhand ins Europaparlament geschickt und kann nun, nach Bewährung sozusagen, wieder in die „richtige Politik“ wechseln. Als Ersatz schickt man dann mit Reinhard Bütikofer einen ehemaligen Parteichef in EP, der dann dort die Stellung hält.

Bei der Linkspartei ist dies ähnlich, verbunden allerdings mit einer gravierenden Europafeindlichkeit. Sara Wagenknecht wechselt in den Bundestag, dafür geht Bisky in das Europäische Parlament, als ob letzteres ein netter Rangierbahnhof für altgediente Kader ist. Im gleichen Atemzug werden alle bisherigen Europaabgeordneten der Linken, die nicht vehement den Vertrag von Lissabon als Teufelswerk geißeln, auf der Aufstellungsversammlung der Liste abgestraft und dafür exponierte EU-Kritiker gesetzt. Innerparteiliche Demokratie in allen Ehren, aber die Linkspartei ist damit noch viel weniger wählbar als vorher.

Warum nun CDU wählen?

Die CDU hat sich schon von Beginn eines europäischen Miteinanders maßgeblich für ein starkes und bürgernahes Europa eingesetzt.

Mit den Partnern in der Europäischen Volkspartei ist die CDU ein starker Garant für eine europäische Integration unter Beibehaltung der deutschen Interessen.

Auch durch die exponierten Europapolitiker der CDU werden diese Interessen vertreten und Ansehen und Vertrauen in Europa maßgeblich vorangetrieben.

Mit einem starken Votum der Wähler kann die CDU/CSU-Gruppe mit starkem Rückenwind in die Diskussionen und Abstimmungen innerhalb der EVP-ED-Fraktion gehen und somit auch weiterhin an maßgeblichen Positionen für eine zielgerichtete Entwicklung der Europäischen Union eintreten.

KONTAKT ZUM VORSTAND

Vorsitzender & Landesvorstand:

Christopher Voigt:
chrisvoigt85@googlemail.com
0160 / 979 19798

Stellvertreter:

Patrick Ziebke:
patrick@ziebke.net
0173 / 239 1576

Lukas Kilian:
lukas.kilian@gmx.de
0176 / 287 15850

Kassenwart:

Sebastian Bünger:
s_buenger@web.de
0171 / 237 6314

Landesvorstand:

Patrick Ziebke: s.o.

Blickwinkel:

Johan v. Hülsen:
j.huelsen@gmx.de, 0163 / 808 3450
Hubertus J. Schwarz:
hubertusschwarz@gmx.net, 0171 / 126 0660
Ansprechpartner Sponsoren:
Sebastian Albrecht
sebas.albrecht@web.de, 0174 / 912 4136



Sei dabei!

Hier treffen sich Jugendliche, die Lust haben etwas zu verändern, denen ihre Zukunft nicht egal ist und die erkannt haben, dass Politik immer Einfluss auf den eigenen Alltag hat. Und es sind Jugendliche, die erkannt haben, dass Politik nicht trocken und öde sein muss, sondern dass Politik mit Gleichgesinnten auch Spaß macht. Wir freuen uns auf Dich!

Mit Deiner Unterschrift bestätigst Du, dass Du Mitglied der JUNGEN UNION STORMARN werden möchtest, kein Mitglied einer anderen Partei oder politischen Jugendorganisation oder der Scientology-Sekte bist. Das erste Mitgliedsjahr in der JUNGEN UNION STORMARN ist beitragsfrei. In den Folgejahren muss ein moderater(!) Mitgliedsbeitrag erhoben werden.



Mitglied werden:

VORNAME	NACHNAME
STRASSE	HAUSNUMMER
POSTLEITZAHL	ORT
TELEFON	MOBIL
MAIL-ADRESSE	GEB.-DATUM
UNTERSCHRIFT	DATUM

Das ausgefüllte Formular sende bitte an:
Christopher Voigt, Schützenstraße 2,
23843 Bad Oldesloe

Weiterführende Links:

- <http://www.europarl.de/> - Europäisches Parlament
- <http://www.cducusu.eu/> - CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament
- <http://www.evp-ed.eu/> - EVP-ED-Fraktion
- <http://www.reimer-boege.de> - Reimer Böge MdEP
- <http://www.capital.de/politik/100013012.html> - Europas heimliche Macht - Capital-Artikel